

## **Erdölförderung Pfalz – offener Brief an Umwelt- und Wirtschaftsministerien**

**Klimawandel ist derzeit, auch politisch, in aller Munde, aber wohl nicht in aller Köpfe. Man sieht in der Landesregierung Rheinland-Pfalz derzeit einen krassen Widerspruch zwischen Worten und Taten. Immer mehr regt sich deshalb, auch öffentlich ausgetragener, Widerstand vor allem gegen neu geplante Erdölförderungen. Vor allem aus Offenbach/Queich ist derzeit viel zu hören und zu lesen. Seit vielen Jahren kämpft auch die IG KeinÖl Otterstadt gegen die geplante ortsnahe Erdölförderung zwischen den Orten Otterstadt und Waldsee. Zuletzt ging diese Woche ein offener Brief an die neuen Ministerinnen für Umwelt, Anne Spiegel (Grüne) und für Wirtschaft, Daniela Schmitt (FDP)<sup>1</sup>.**

Denn trotz des großen Rückhalts von Seiten der Bevölkerung, der parteiübergreifenden Kommunalpolitik und auch von anerkannten Naturschutzverbänden nimmt sich die Landesregierung dieses Themas nicht an. Beide neu gewählten Ministerinnen verweisen dagegen auf (Un)zuständigkeiten oder das übergeordnete veraltete Bundesbergbau-Gesetz. Die öffentlich gewordene Kompetenzverweisung der Grünen-Politikerin Anne Spiegel auf das FDP-geführte Wirtschaftsministerium kann schon deshalb nicht akzeptiert werden, weil die Erdöl-Projekte in Rheinland-Pfalz sogar unter der damals grünen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke vorangetrieben wurden.

Auffällig ist nicht nur der offensichtliche Widerspruch zwischen den aktuell postulierten Klimazielen der Landesregierung und ihrem Verhalten sowie dem der angeschlossenen Behörden. Auch wenn es um die Bürgerbeteiligung geht, steht das was gesagt wird dem entgegen was gemacht wird. Anstelle der von der Politik offiziell gewünschten Bürgerbeteiligung wird die Öffentlichkeit bewusst nicht an den geplanten, gravierenden Veränderungen beteiligt und stattdessen gezielt von Informationen ausgeschlossen. Mittlerweile steht auch die EU auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger. Es sei hier auf die jüngste Rechtsprechung des EuGH verwiesen, wonach bereits bei Erkundungsbohrungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, wenn – wie auch für Otterstadt zutreffend – kumulierende Effekte vorliegen.

Während inzwischen nicht nur die Internationale Energie Agentur (IEA) den Verzicht von jeglichen neuen Erdölprojekten fordert und unsere Nachbarländer Frankreich und Dänemark bereits das Ende der heimischen Erdölproduktion beschlossen haben, verfolgt das Land Rheinland-Pfalz gerade massiv mit siedlungsnahen Großprojekten den Ausbau der Erdölförderung mit Planungshorizont für die nächsten Jahrzehnte. Was die Wahl der Geschäftspartner der Landesregierung betrifft sind auch hier Zweifel angesagt, ob aus der Vergangenheit gelernt wurde, denn Menschenrechtsverletzungen und ethische Aspekte scheinen nach wie vor keine Rolle zu spielen. Es bleibt zu hoffen, dass der öffentliche Druck weiter steigt, denn vonseiten der beiden Ministerinnen werden bisher jegliche Diskurs-Versuche blockiert.



Bildinfo: Geplantes Feld für die Erdölförderung in Otterstadt (Bildmontage)  
Bildnachweis: IG KeinÖl Otterstadt/Erika Hettich

*Druckfähige Abbildung s. Anlage*

<sup>1</sup> Der Offene Brief an Ministerin Anne Spiegel, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz sowie an Ministerin Daniela Schmitt, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz vom 18. Juni 2021 liegt dieser PM bei.

#### **Über IG KeinÖl Otterstadt**

*Die im Jahr 2015 gegründete Interessengemeinschaft „IG KeinÖl“ besteht aus Otterstädter Bürgern, die das geplante Erdölprojekt in Otterstadt kritisch hinterfragen. Bereits im Gründungsjahr führte die IG eine Unterschriftensammlung durch, in der sich insgesamt rund 1.200 Bürger gegen das Erdölprojekt aussprachen. Die Aktivitäten der Interessengemeinschaft umfassen verschiedene Ebenen und Aspekte. Dazu zählt der Kontakt zu den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie zu den beteiligten Verbänden und politischen Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Auch unternimmt die IG juristische Schritte und diskutiert das Projekt mit den zuständigen Behörden, insbesondere zur Sicherstellung eines transparenten, rechtmäßigen Genehmigungsprozesses. Durch die fundierte, konstruktive Sacharbeit wurde die IG zum überregional gefragten und medial präsenten Ansprechpartner zum Thema „siedlungsnaher Erdölförderung“.*

#### **Pressekontakt**

Interessengemeinschaft  
IG KeinÖl Otterstadt  
Ansprechpartner: Erika Hettich  
keinoel@otterstadt.com  
67166 Otterstadt